

# RS Vwgh 2007/10/9 2007/02/0278

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 09.10.2007

## Index

10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)

24/01 Strafgesetzbuch

40/01 Verwaltungsverfahren

## Norm

B-VG Art140;

B-VG Art7 Abs1 impl;

StGB §43;

VStG §21 Abs1;

## Hinweis auf Stammrechtssatz

GRS wie 2001/02/0273 E 6. November 2002 RS 3

## Stammrechtssatz

Im VStG ist eine bedingte Strafnachsicht nicht vorgesehen. Das VStG kennt jedoch in seinem § 21 Abs. 1 die Möglichkeit, von der Verhängung einer Strafe (gänzlich) abzusehen, womit eine der bedingten Strafnachsicht nach § 43 StGB ähnliche Anpassungsmöglichkeit der jeweils auszusprechenden Strafe gegeben ist. Schon deshalb sieht sich daher der Verwaltungsgerichtshof aus der Sicht des Beschwerdefalles nicht veranlasst, die in der Beschwerde insoweit anklingenden verfassungsrechtlichen Bedenken aufzugreifen und einen Antrag im Sinne des Art. 140 B-VG an den Verfassungsgerichtshof zu stellen.

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2007:2007020278.X02

## Im RIS seit

08.11.2007

## Zuletzt aktualisiert am

08.06.2009

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>